

ANTRAG

der Fraktionen der CDU und FDP

„Wir wollen freie Menschen sein“ – Erinnern und Gedenken an den Volksaufstand in der DDR – Mehr Investitionen in die Aufarbeitung deutscher Geschichte

Der Landtag möge beschließen:

- I. Der Landtag erinnert der Männer und Frauen, die am 17. Juni 1953 in der damaligen DDR ihrem Wunsch nach Freiheit, Demokratie und der deutschen Wiedervereinigung durch Streiks, Protestaktionen und Demonstrationen Ausdruck verliehen haben, und würdigt die Bedeutung ihres mutigen Widerstandes.
- II. Der Landtag gedenkt der Vielzahl der Verhafteten und der Getöteten dieses Volksaufstandes. Sie sind Opfer eines diktatorischen Regimes, dessen Argumente gegen den berechtigten Wunsch nach Freiheit der Bürgerinnen und Bürger aus Panzern und militärischer Übermacht bestanden.
- III. Der Landtag stellt fest:
 1. Am 17. Juni 2023 jährt sich der Volksaufstand in der DDR zum 70. mal. Am 16. und 17. Juni 1953 demonstrierten in der DDR mehr als eine Million Menschen in über 700 Orten. Auch auf dem Gebiet des heutigen Mecklenburg-Vorpommerns kam es zu Streiks. Die Demonstranten und Streikenden wandten sich gegen die SED-Diktatur und forderten freie Wahlen und Demokratie, verbesserte Lebens- und Arbeitsbedingungen und die Deutsche Einheit. Der Aufstand konnte vonseiten der SED-Diktatur nur mit Hilfe von sowjetischen Panzern unter Inkaufnahme von Verletzten und Todesopfern niedergeschlagen werden. Infolge des Aufstandes kam es zu einer Vielzahl von Verhaftungen und Verurteilungen. Mindestens 55 Staatsbürger der DDR wurden getötet, verstarben während der Haft oder wurden hingerichtet, verurteilt durch Militärtribunale.

2. Die Erinnerung an diesen Tag und die Menschen, die sich bereits in den frühen Jahren der DDR gegen die Diktatur auflehnten, und die Aufklärung über die SED-Diktatur sind heute wichtiger denn je. Das DDR-Regime, ihre Verbrechen, die Schicksale der Mauer-Toten und der politisch verfolgten DDR-Bürger dürfen nicht in Vergessenheit geraten oder verharmlost werden. Der Mut, der Drang der Menschen nach freier Meinungsäußerung und der Wunsch zur Wiedervereinigung setzten bereits 1953 ein Signal für die kommenden Generationen. Nach außen durch die Staatsmacht blutig unterdrückt, konnte der Wille der Menschen nach Freiheit und Gerechtigkeit niemals vollständig gebrochen werden und führte schlussendlich 1989 zu weiteren friedlichen Protesten, der Friedlichen Revolution und der Wiedervereinigung beider deutscher Staaten.
 3. Es ist deshalb ständige Verpflichtung, den Wunsch der Menschen auf Freiheit, politische Mitwirkung und Meinungsäußerung zu ehren und zu bewahren. Es ist Aufgabe der Politik, den Diskurs zu suchen, Diskussionen zu führen und die Menschen in die politischen Entscheidungen einzubinden, diese zu erläutern und zur grundsätzlichen Mitwirkung aufzufordern. Die Demokratie lebt von den verschiedenen Meinungen. Unterschiedliche Erfahrungen, Werte und Perspektiven ermöglichen eine große Bandbreite an Ideen und Lösungen.
 4. Die SED-Diktatur war die zweite Diktatur des 20. Jahrhunderts in Deutschland. Als Teil der jüngeren Geschichte unseres Staates ist sie in weiten Teilen noch unerforscht und die Auswirkungen auf die Gesellschaft nicht vollumfänglich bekannt. Eine durch die damalige Bundesregierung initiierte bundesweite Unterstützung von Forschungsverbänden zur DDR und zum DDR-Unrecht wurde im aktuellen Bundeshaushalt nicht weitergeführt und konnte nur teilweise durch Landesmittel aufgefangen werden.
 5. Die landeseigenen Gedenkstätten „Dokumentationszentrum am Demmlerplatz Schwerin“ und „Dokumentations- und Gedenkstätte in der ehemaligen Stasi-U-Haftanstalt Rostock“ sind vielfach besuchte außerschulische Bildungsorte für Schülerinnen und Schüler sowie Auszubildende. Daneben bieten sie eine Vielzahl von Veranstaltungen für Interessierte und Betroffene und sind somit ein wichtiger Bestandteil der Bildungsarbeit, wenn es darum geht, Geschichte fassbar und anschaulich zu machen. In der Vergangenheit mussten die Öffnungszeiten in beiden Gedenkstätten aufgrund finanzieller Zwänge jedoch eingeschränkt werden.
- IV. Die Landesregierung wird aufgefordert,
1. gegenüber der Bundesregierung auf die Etablierung und Unterstützung eines dauerhaften Forschungsfeldes zur Geschichte der DDR und des SED-Unrechtes in Deutschland hinzuwirken.
 2. zu prüfen, wie die Hochschulen des Landes bei der Erforschung der DDR-Geschichte und den Auswirkungen auf das Leben der Bürgerinnen und Bürger der DDR unterstützt werden können. Dabei ist insbesondere die Einrichtung einer Stiftungsprofessur anzustreben. Forschungen zur DDR-Geschichte im Bereich von Geschichte, Politikwissenschaft, Soziologie, Wirtschaft und Kulturwissenschaften fördern das Bewusstsein für die Komplexität und Vielschichtigkeit des Lebens in der DDR und ermöglichen das Verständnis für historische Zusammenhänge mit Blick auf die Auswirkungen auf die heutige Gesellschaft.

3. die landeseigenen Gedenkstätten in Schwerin und in Rostock im Doppelhaushalt 2024/2025 finanziell so auszustatten, dass der Bildungsauftrag und der Auftrag zur Geschichtsvermittlung wieder besser umgesetzt werden kann.
4. den Aufbau eines „Arno-Esch-Zentrums“ in Rostock voranzutreiben und entsprechende finanzielle Vorkehrungen im Doppelhaushalt 2024/2025 zu veranschlagen.
5. dem zuständigen Ausschuss über die vorstehenden Punkte bis zum 31. Dezember 2023 Bericht zu erstatten.

Franz-Robert Liskow und Fraktion

René Domke und Fraktion